

Wahlen – doch noch in diesem Jahr !?!

Wie im vorigen Schlüssel Info beschrieben, zeigte sich das bolivianische Parlament nicht in der Lage, die vom Verfassungsgericht geforderte Neuverteilung der Sitze zu regeln. Die Neuverteilung war aufgrund der Migrationsbewegungen innerhalb des Landes notwendig geworden. Durch das Scheitern des Parlaments war es nicht möglich, die von ihm für den 4. Dezember angesetzten Wahlen durchzuführen (siehe Schlüssel Info Bolivien 14-2005: Keine Wahlen am 4. Dezember).

Sitzverteilung per Dekret

Um den Weg für Neuwahlen in diesem Jahr dennoch frei zu machen, erließ Übergangs-Präsident Eduardo Rodríguez am 1. November ein Dekret, in dem er die Neuverteilung festlegte. Danach erhält das Departament Santa Cruz im neuen Parlament mit 25 Abgeordneten drei Sitze mehr als bisher. Das Departament Cochabamba erhält einen Sitz mehr und wird mit 19 Abgeordneten vertreten sein. Ausgeglichen werden diese Steigerungen durch Kürzungen bei den Departamenten La Paz, Potosi und Oruro. La Paz wird danach mit 28 Abgeordneten zwei Sitze einbüßen, die beiden anderen Hochlanddepartamente jeweils einen, so dass Potosi 14 und Oruro neun Abgeordnete stellen wird.

Durch diese Festsetzung ist zunächst die Grundlage geschaffen, dass das bolivianische Volk am 18. Dezember zu den Urnen schreiten kann. Ohne Frage hat Präsident Rodríguez durch das Dekret in der angespannten, politischen Situation nicht nur eine Perspektive für die Wahlen eröffnet, sondern auch die Situation beruhigt. Denn die durch Parlamentsbeschluss vorgezogenen Neuwahlen können als gesellschaftlicher Konsens in Bolivien bezeichnet werden. Ein Nicht-Durchführen derselben könnte nicht nur zu Diskussionen, sondern auch zu neuen Unruhen führen.

Verfassungsklagen als eine Antwort auf das Dekret

Eigentlich ist es die Aufgabe des Parlaments, die Sitze den Departamenten entsprechend zu verteilen. Dass dies der Präsident regelte, nachdem es dem Parlament nicht gelungen ist, ist eine äußerst ungewöhnliche Maßnahme. Das Parlament selbst wies daraufhin weder das Dekret zurück, indem es eine andere Sitzverteilung beschloss, noch erhob es dasselbe zu einem Gesetz. Stattdessen reichten zwei Abgeordnete eine Verfassungsklage ein. Am vergangenen Dienstag, den 15.11.2005 wurde die Verfassungsklage des Abgeordneten Juan Gabriel Bautista (Movimiento Indígena Pachakuti) vom Verfassungsgericht zurückgewiesen. Es wird erwartet, dass dies auch mit der anderen Klage geschieht, die der ehemalige Abgeordnete Dante Pino (Nueva Fuerza Republicana) eingereicht hat.

Straßenblockaden als andere Antwort

Die andere Seite der bolivianischen Politik spiegelt sich in Straßenblockaden und der Androhung anderer radikaler Maßnahmen. So blockieren mehr als 400 Campesinos aus dem Norden von Potosi die Straße zwischen Oruro und Potosi, weil sie nicht damit einverstanden sind, dass die beiden Departamente jeweils eine Volksvertreter/in weniger stellen. In dieselbe Richtung geht eine Protestversammlung vom vergangenen Mittwoch, 16.11.2005, die von der regionalen Arbeitergewerkschaft in El Alto durchgeführt wurde. Diese ist nicht mit dem Verlust der beiden Sitze des Departamentes La Paz einverstanden, solidarisiert sich mit den Campesinos im Norden Potosis und droht mit radikalen Maßnahmen, wenn es bei der Sitzverteilung bleiben sollte, wie per Dekret festgesetzt.

Der Wahlkampf läuft

Trotz all dem läuft der Wahlkampf. Vor allem zwischen den Spitzenkandidaten Evo Morales von der Partei MAS (Bewegung zum Sozialismus) und Jorge Quiroga, dem ehemaligen Vizepräsidenten unter General Banzer, der im Jahr 2001 bei dessen krankheitsbedingtem Ausscheiden für ein Jahr das Präsidentenamt übernahm.

Nach der letzten Meinungsumfrage kommt Evo Morales auf 30,7 Prozent und hat somit zwei Prozent Vorsprung vor Jorge Quiroga (Tageszeitung La Prensa, 14.11.2005). Bedenkt man, dass sich in dieser Umfrage zehn Prozent für keinen der Präsidentschaftskandidaten ausgesprochen und weitere zehn Prozent gar nicht geantwortet haben, so ist weiterhin alles offen. Es bleibt also bei einem Kopf an Kopf Rennen, wobei davon auszugehen ist, dass keiner der Beiden die absolute Mehrheit erreichen wird.

Die Regierungsbildung wird also problematisch. Dazu trägt auch der derzeitige Wahlkampf bei, der weniger inhaltlich sondern auf Diffamierung ausgerichtet ist. Während Evo Morales seinem Kontrahenten die Nähe zu Ex-Diktator Hugo Banzer und die Ermordung von Campesinos während seiner Amtszeit vorwirft, bezichtigt Jorge Quiroga den Anführer der Koka-Bauern der Förderung des Drogenhandels. Dass sich Evo Morales weigert, an einem Tisch mit Jorge Quiroga zu diskutieren, mag ein Vorgeschmack dessen sein, was Bolivien nach der Wahl erwartet.

Jürgen Leonhard